



**KANTONSRATSFRAKTION**

IreneGruhler Heinzer  
Kantonsrätin SP  
8260 Stein am Rhein

Stein am Rhein, 11. April 2022

An den Regierungsrat  
des Kantons Schaffhausen  
Regierungsgebäude  
Beckenstube 7  
8200 Schaffhausen

***Kleine Anfrage 2022/18***

**Axpo bezieht Uran aus Russland –  
Was unternimmt die Axpo um aus den Lieferverträgen auszuscheiden?**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Die Axpo bezieht für den Betrieb der Atomkraftwerke Beznau 1 und 2 hundert Prozent und für Leibstadt fünfzig Prozent russisches Uran. Damit finanziert die Axpo einen Staat mit, der einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt. Der Kanton Schaffhausen steht als Miteigentümer in der Verantwortung, wie alle anderen Eignerkantone und Kantonswerke auch.

Der Uranabbau ist problematisch und erfordert bestimmte Bedingungen zum Schutz von Umwelt und Mensch. Das Energieunternehmen Alpiq bezieht seit einigen Jahren kein Uran mehr aus Russland, da die Umstände des dortigen Uranabbaus zu wenig transparent sind, wie dies die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen seit Jahren kritisieren. Die Uranproduktion ist Teil des russischen Waffenprogramms. Alpiq zeigt, dass es möglich wäre, Uran auch aus anderen Ländern zu beziehen.

**Uran macht die Schweiz zu hundert Prozent abhängig vom Ausland. Die einzig richtige Alternative zum Uranabbau und Betrieb von Atomkraftwerken ist der Ausbau heimischer Nutzung von erneuerbaren Energien, eine Solaroffensive zu starten und die nötigen Investitionen zu tätigen.**

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Frage:

- **Setzt sich der Regierungsrat beim Axpo-Verwaltungsrat dafür ein, den Grundsatzentscheid zu fällen, jede Form der Zusammenarbeit mit Russland und die Geschäftsbeziehungen zu sistieren, längerfristig zu stoppen und eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten wie Kanada zu suchen?**

Besten Dank für die Beantwortung meiner Fragen.



Irene Gruhler Heinzer